apflspalten

Zeitung der aktiven Pflichtschullehrer:innen der ÖLI – unabhängigen Gewerkschafter:innen

06/2025

Inhalt

Vorwort, Rückblick auf die PV-Wahl Seite 2

Bildungs-politik? Seite 3

Wir brauchen keine FPÖ in der Regierung Seite 5

Und den-noch müssen wir froh sein Seite 6

IKM-Plus Forderungen Seite 7

Gute, alte Zeit Seite 8

Dramolett: Was ist was und nicht nichts Seite 9

Wir alle sind GÖD – und wollen mitbe-stimmen Seite 10

Umfrage Seite 11

Lesen und Schreiben lernen ab 10 Seite 12

Amerlinghaus ist 50 Seite 14

Buch, Film Seite 15

Infos, Aktivitäten, Termine Seite 16

apfl-art: Brigitte Löw Seite 18

Vorwort

Liebe Kolleg:innen,

„Mögest du in interessanten Zeiten leben!“ ist eine zwiespältige Aussage, welche auch als Fluch verstanden werden kann. Doch wahrlich - wir leben in spannenden Zeiten. Das kann aber nur bedeuten, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern an Verbesserungen zu arbeiten und auf diese zu drängen.

Der Kelch einer F-geführten Regierung ging vorerst an uns vorbei. Das Bildungsprogramm des NEOS-geführten Bildungsministeriums bot im Vergleich zu vorhergehenden Bundesregierungen einige Lichtblicke. Doch welche Punkte des Programms werden umgesetzt und welche stehen bloß auf geduldigem Papier? Der Budgetrahmen im Bildungsbereich soll um eine halbe Milliarde erhöht werden, es soll aber auch „bürokratische Einsparungen“ geben. Welche Verschlimmerungen auf uns zukommen, ist zu Redaktionsschluss noch nicht fixiert. Doch wo gekürzt wird, ist im Endeffekt immer eine politische Entscheidung.
„Es rettet uns kein höh’res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun“
(aus: Die Internationale - deutsche Version von Emil Luckhard, 1910)

Unsere Aufgabe wird es also sein, bei ungerechten Kürzungen im Bildungsbereich selbst aktiv zu werden. Dazu ist es wichtig, sich bereits im Vorfeld mit interessierten Personen und Organisationen zu vernetzen, Strukturen aufzubauen, um im Ernstfall (auch medienwirksame) Aktionen durchführen zu können. Gesellschaftlicher Druck kann fehlplatzierte „Einsparungen“ verhindern. An der Zukunft unserer Gesellschaft zu sparen, ist auf lange Sicht keineswegs sinnvoll.
So müssen gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen für den Ernstfall vorbereitet werden. Die Vorbereitung, die Kommunikation und die Absage rund um die GÖD-Kundgebung am 26.11. haben ja einiges an Verbesserungsbedarf aufgezeigt. Unsere Aktion „Wir sind GÖD“ findest du in der Heftmitte. (auf Seite 10 und 11) Deine Rückmeldung erleichtert uns die Planung unserer weiteren Arbeit.

Wir wünschen dir eine spannende Lektüre und jetzt schon wundervolle, erholsame Ferien!

Bernd Kniefacz
Personalvertreter DA FSO
2.stv.Vorsitzender des ZA

Claudia Astner
Personalvertreterin DA FSO
Mitglied des ZA

PV - Wahl

Die apfl-ÖLI-ug ist gewachsen!

Die „aktiven pflichtschullehrer:innen“ sind durch die Unterstützung von 1.611 Kolleg:innen, die uns bei der PV-Wahl am 27./28.November für die Vertretung im Wiener Zentralausschuss ihre Stimme gegeben haben, auf zwei Mandate gewachsen. Wir stellen jetzt 36 Dienststellenausschuss (DA)-Mandatar:innen -anstelle bisher 16- in den Regionen.

Was hat sich durch das PV-Wahlergebnis geändert?
Nun sind in jedem Wiener Bezirk unabhängige Personalvertreter- und Gewerkschafter:innen für dich aktiv. In jedem Wiener Bezirk findest du parteiunabhängige Ansprechpartner:innen.

Die Auflistung unserer Personalvertreter:innen findest du auf den beiden letzten Seiten.

Was bedeutet das?
So sind wir durch den Mandatszugewinn in mehr Direktionsbestellungskommissionen vertreten.
Aufgrund unserer Mandats- und Stimmenzugewinne stellen wir eine Vorsitzende, fünf stellvertretende Vorsitzende in den Bezirks-Dienststellenausschüssen und im Wiener Zentralausschuss nun den 2. stv. Vorsitzenden. Funktionen sind im Endeffekt Schall und Rauch, bei der nächsten PV-Wahl 2029 kann sich alles in die eine oder andere Richtung ja auch wieder ändern.
Durch diese Funktionen können wir aber aktuell besser -und vor allem besser hörbar- parteiunabhängig auf Probleme im Wiener Schulsystem aufmerksam machen. Mit über 20% Anteil der gültigen Stimmen wird in Personal- und Gewerkschaftsvertretung klarerweise nichts allein bewegt, es werden Kompromisse nötig sein. Die Türen zu Gesprächen mit den Vertreter:innen der Bildungspolitik öffnen sich aber mit einem Fünftel aller Wähler:innenstimmen schneller. So können wir unsere Themen einbringen, auch wenn die politischen Verhältnisse nach diversen Wahlen eigentlich dagegensprechen. Wir können gestärkt Bündnisse mit veränderungswilligen Kräften eingehen, um Verbesserungen unseres Bildungssystems und unseres Arbeitsumfelds gemäß unserem Motto „gemeinsam – parteiunabhängig – engagiert“ zu erreichen.

Ein herzliches Danke für die Unterstützung so vieler Kolleg:innen! Wir freuen uns über ein Kennenlernen und über weitere Zusammenarbeit!

Info

Im Schuljahr 2025/26 werden Claudia Astner und Bernd Kniefacz ein Sabbatical konsumieren. Katrin Winkelbauer, Eva Neureiter, Sylvia Ochmann, Bernhard Lahner sowie das komplette apfl-ÖLI-ug-Team werden fließend ihre Agenden übernehmen und die apfl-ÖLI-ug wird unverändert für die Wünsche und Anliegen aller Kolleg:innen eintreten.

Meinung

Bildungspolitik?
Rassismus und Sozialabbau!

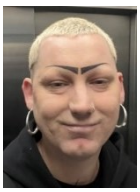
Wien hat gewählt. Zeit, den Wahlkampf aus bildungspolitischer Perspektive Revue passieren zu lassen.
Wo liegen die Probleme und wie planen Wiens gewählte Fraktionen diese zu lösen?
Wiens Lehrer:innen klagen über Überforderung, fehlende Support-Strukturen und eine visionslose sowie intransparente Bildungspolitik.
Viele verlassen das Schulsystem nach den ersten Dienstjahren wieder, weil sie entweder schon ausgebrannt sind oder kurz davorstehen.
Schon länger ist evident, dass wir es in Wien mit einem noch nie dagewesenen Lehrer:innenmangel zu tun haben. Eine schwere Krise, die sich aufgrund demographischer Fakten einerseits und einer von Neoliberalismus und Sparzwang gezeichneten Bildungspolitik andererseits in den kommenden Jahren weiter verschlimmern wird.
Studierende und Quereinsteiger:innen übernehmen mittlerweile an unzähligen Schulstandorten

Klassenführungen, werden zu Überstunden/Mehrdienstleistungen gedrängt - und fungieren als eine Art unfreiwillige Feuerwehr gegen einen Flächenbrand, den sie selbst nicht gelegt haben.
Also, was tun?
Der Wiener Mittelschuldirektor Christian Klar verkündet im Interview mit Puls 24: „Die Schule brennt“!
So weit, so gut – die Schule brennt tatsächlich!
Weil aber Herr Klar nicht nur Direktor, sondern darüber hinaus ÖVP-Funktionär ist, hat er eine sehr eigenwillige Erklärung für die Missstände im hiesigen Bildungssystem: Wir haben zu viele Kinder!
Schuld an der Krise der Bildung sind integrationsunwillige fremde Kulturen mit einem Hang zur Kriminalität!
Absurd?
Ein kleiner Spaziergang durch die Wiener Wahlwerbelandschaft zeigt:
Die wahlwerbenden Parteien vertreten (ausgenommen dezidiert Links/KPÖ und die Grünen) ähnliche Positionen:
„Fleißige belohnen statt Asylmillionen“, „Sicherheit & Ordnung Jetzt!“ plakatieren die rechtsextreme FPÖ bzw. ihr Wurmfortsatz HC Strache und hetzen wie üblich im Namen der „Freiheit“ gegen Asylwerber:innen, sozial Schwache, queere Menschen und allgemein alle, die tatsächlich in Freiheit leben wollen.

Bildungspolitisch haben die Freiheitlichen außer Rassismus und Sozialabbau nichts zu bieten. So weit, so rechtsextrem.
Was sagen denn die demokratischen Parteien?
„Wien wieder schlau machen. Deutsch ist Pflicht!“ tönt es von den Plakaten der Wiener ÖVP.
Auch die sogenannte Volkspartei hat außer Fremdenfeindlichkeit bildungspolitisch offenbar wenig zu sagen – gefordert werden vor allem Deutschförderung, Segregation und „echte Wahlfreiheit“, letztere versteht sich als Euphemismus für Sozialabbau.
Um wieder die Brücke zu schlagen zum Wiener Mittelschuldirektor Christian Klar:
Das Bildungssystem in Wien und bundesweit brennt und schuld daran sind die Kinder und die schwächsten der Gesellschaft. Logisch.
Innerhalb dieses Weltbildes wird dann der Stopp des Familiennachzugs zu einer legitimen bildungspolitischen Forderung.
Gegen diese menschenrechtswidrige Forderung gibt es kaum noch nennenswerten parlamentarischen Widerspruch.
Auch Neos, die selbsternannte Partei „für kleine Leute“ (gemeint sind Kinder), hat offenbar kein Problem mit dem Auseinanderreißen von schutzsuchenden Familien.
Im Wiener Wahlkampf fällt besonders ein Plakat der Neoliberalen auf:
„Deutsch ist kein Wahlfach“!

Ist das die „ehrliche“ Politik, die Neos für sich in Anspruch nimmt?
Nein, das ist rechtspopulistische Agitation.
Und was hat die selbsternannte „Wienpartei“ SPÖ bildungspolitisch im Angebot?
Auf ihren Wahlplakaten zeigt sich die Sozialdemokratie in diesem Bereich bedeckt – im Wahlprogramm findet sich wenig Konkretes, dafür aber zahlreiche Floskeln und altbekannte Diskurse. Wir wünschen uns eh „Chancengerechtigkeit für alle“, aber der Bund blockiert. Hinzu kommt ein subtil-rassistisches Framing von Integration als Holschuld (Deutschpflicht!).
Auch die SPÖ hat übrigens nur wenig gegen den menschenrechtswidrigen Stopp des Familiennach-

zugs einzuwenden und ruft in FPÖ/ÖVP Manier einen nationalen Notstand aus, der diese Forderung legitimieren soll.
Die Schule brennt!
Aber die Schuld dafür vor Krieg, Armut und Verfolgung fliehenden Menschen und vor allem Kindern (!) in die Schuhe zu schieben, ist menschenfeindlich!
Ja, das Bildungssystem steht unter Druck.
Aber nicht, weil zu viele Kinder da sind – sondern weil es seit Jahrzehnten kaputtgespart wird.
Wie wäre es, in einem ersten Schritt mit einer adäquaten Ausfinanzierung des Bildungssystems?
Wie wäre es mit nachhaltigen Maßnahmen gegen den Lehrer:innenmangel und die Überforderung vieler Kolleg:innen?
Wie wäre es mit einer umfangreichen Attraktivierung des Lehrberufs?
Wie wäre es langfristig mit Maßnahmen gegen das differenzierte Schulsystem und damit die soziale Ungleichheut in Österreich?
Mensch* darf träumen – und wird weiterkämpfen müssen.
Für eine Schule für alle.
Für ein gutes Leben für alle.



Philipp Jo* Rafelsberger
(er/ihn/kein Pronomen)
Inklusionspädagoge im 5.Bezirk,
Aktivist bei apfl-ÖLI-ug und „Schule brennt“

Meinung

Wir brauchen keine FPÖ in der Regierung….
….die anderen Parteien setzen die Forderungen der FPÖ mit um.

Viele werden so wie ich froh sein, dass die Wienwahl so ausgegangen ist: die SPÖ stellt weiterhin den Bürgermeister und bildet eine Regierung, die Grünen haben dazugewonnen und in allen Bezirken hat die KPÖ nach vielen Jahren endlich wieder den Einzug geschafft. Die FPÖ hat dazu gewonnen, nicht so, wie sie es sich gewünscht hatten, sie sind weit hinter den Erfolgen der letzten Jahre zurück.[1]
Aber: muss die FPÖ überhaupt IN der Regierung sein, um ihre Anliegen durchzusetzen? Treibt die FPÖ nicht seit Jahrzehnten die anderen Parteien vor sich her? Setzt die FPÖ die Themen auch aus der Opposition um?

Ende der 1990er -Jahre bezeichnete Jörg Haider (FPÖ) den damaligen Innenminister und Bürgermeister der niederösterreichischen Stadt Purkersdorf Karl Schlögel (SPÖ) als *„unseren besten Mann in der Regierung“*. In die Amtszeit von Karl Schlögel fällt u.a. der Fall von Marcus Omofuma, der 1999 während seiner Abschiebung erstickte. Seither ist es immer wieder zu beobachten, wie andere Parteien den Rassismus der FPÖ in ihre Politik einbauen.

Bei der Wienwahl fand ich es gut sichtbar, wie sehr die FPÖ-Forderungen schon „Parteiprogramm“ mehrerer anderer geworden sind. Nicht nur, dass die ÖVP die „Deutschpflicht“ massiv unterstrich („Deutsch lernen, Habibi!“). Diesmal agierten sogar die NEOS, die sich als „bildungsaffin“ präsentieren, unmissverständlich rassistisch: „Ganz ehrlich - Deutsch ist kein Wahlfach.“

Mir stellt sich die Frage, an welcher Wiener Schule „Deutsch“ kein Pflichtfach, sondern ein Wahlfach

[1] Unter HC Strache erreichte die FPÖ an die 30 Prozent, da sind sie jetzt wohl weit weg davon entfernt: https://bsky.app/profile/michaelbonvalot.bsky.social/post/3lnsqqpsaf22h

ist. Vielleicht im Lycee oder der American International School? Diese „süßen Volksschulkinder“ am Plakat halten für die Versäumnisse im Wiener Bildungssystem her?
Haben sich die NEOS von einer besseren Form in der Politik verabschiedet? Einst waren sie noch für LGTBIQ*-Rechte, Homo-Ehe und Hanffreigabe. Sind sie nur mehr ein verjüngter Abklatsch der ÖVP geworden, mit denselben politischen Ansichten?

Und in der **Bundespolitik**: das erste Projekt der neuen Bundesregierung war der „Stopp dem Familiennachzug“. Formell ist es ein Aussetzen der Bearbeitung der Anträge, aber macht das einen Unterschied für die Betroffenen, von denen wir fordern, dass sie sich integrieren (aber ihre Kinder, Eltern, Partner:innen belassen wir im unsicheren Heimatland, im Kriegsgebiet).[2] Diese Politik wird die Situation des Zusammenlebens in Wien und in Österreich nicht erleichtern.

In Wien finde ich es schön: mit all den vielen Sprachen, der Vielfalt der Menschen und den unterschiedlichen Möglichkeiten das eigene Leben zu organisieren. Das sollten wir uns nicht nehmen lassen, nicht von der FPÖ, aber auch nicht von den anderen Parteien.
Wir brauchen keine FPÖ in der Regierung, die anderen Parteien setzen deren Ideen um. Es dauert manchmal länger als unter einem „Kanzler Kickl“, aber die Umsetzung folgt. Bleiben wir widerständig!

Zum Weiterlesen:
* ZARA Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit hat eine Stellungnahme zum Regierungsprogramm verfasst, zu finden auf der ZARA-Homepage: https://www.zara.or.at
* aufstehen.at: Kampagne „Familie ist ein Menschenrecht- Familiennachzug muss bleiben!“

Eva Neureiter
Personalvertreterin
DA West 5

[2] Mein Artikel dazu auf unserer Website: https://www.apflug.at/gedanken-zum-ende-des-familiennachzugs/

Replik

Und dennoch müssen wir froh sein

Ja, es braucht klare Kritik an jeder Politik, die Grund- und Menschenrechte einschränkt – wie zum Beispiel an den neuen Regelungen zum Familiennachzug, die nicht nur aus humanistischer Sicht höchst bedenklich, sondern auch aus praktischer Perspektive problematisch sind: Sie könnten mittelfristig sogar der Integration schaden. Die Familienangehörigen werden ja voraussichtlich trotzdem kommen – nur eben später. In dieser Zeit könnten bereits wertvolle Integrationsarbeit und Spracherwerb stattfinden – doch genau dies verzögert sich nun.

Trotzdem sollten wir den Unterschied nicht aus dem Blick verlieren: Eine Regierung ohne FPÖ ist – trotz allem – nicht dasselbe wie eine Regierung mit ihr. Die aktuelle Koalition agiert grundsätzlich innerhalb rechtsstaatlicher Strukturen und erkennt demokratische Institutionen an. Das klingt banal, ist aber leider keine Selbstverständlichkeit mehr. Ein Blick nach Ungarn, in die USA oder andere Länder reicht, um zu dieser Einsicht zu gelangen. Eine von Blau geführte Regierung würde genau diese Grundlagen infrage stellen – besonders dort, wo es um Medienfreiheit, Minderheitenrechte, Gleichstellung oder den Schutz vor Diskriminierung geht.
Gerade uns Gewerkschafter:innen und Personalvertreter:innen sollte besonders bewusst sein: Arbeitnehmer:innenrechte, Antidiskriminierung, Gleichstellung – all das steht besonders unter Druck, wenn autoritäre und ausgrenzende Kräfte weiter an Einfluss gewinnen. Umso wichtiger ist es, dass sich Zynismus und Gleichgültigkeit nicht breitmachen. Es ist eben nicht „eh schon alles dasselbe“.

Differenzen zwischen demokratischen Kräften sind normal – sie dürfen uns aber nicht daran hindern, gemeinsame Verantwortung zu übernehmen. Das

bedeutet oft auch hitzige Diskussionen, berechtigten Ärger über bestimmte Entscheidungen und manchmal auch über verhaltensauffällige Staatssekretär:innen. Dennoch: Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob eine Regierung gelegentlich populistisch nach rechts abbiegt – oder das Steuer ganz übergibt. Das sollten wir uns doch vor Augen halten. Wir dürfen gerade jetzt nicht in Zynismus verfallen.

Bis zu einem gewissen Grad müssen daher wohl alle überzeugten Demokrat:innen hoffen, dass diese Regierung nicht an ihren zahlreichen Herausforderungen scheitert – selbst wenn man bei der letzten Wahl keiner der Regierungsparteien sein Vertrauen geschenkt hat. Auch weil es etliche Punkte im aktuellen Regierungsprogramm gibt, die eindeutig positiv zu bewerten sind. Es ist zu hoffen (und auch dafür einzutreten), dass gerade diese nicht dem Sparzwang zum Opfer fallen. Vielleicht ist es die letzte Möglichkeit, das Ruder noch einmal herumzureißen. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Demokratie und Rechtsstaat stehen unter Druck – von vielen Seiten. Ich spüre jedenfalls noch immer den Stein, der mir vom Herzen gefallen ist, als ich vom Scheitern der türkis-blauen Regierungsverhandlungen erfahren habe.

Alexander Krause
Personalvertreter
DA Ost 7

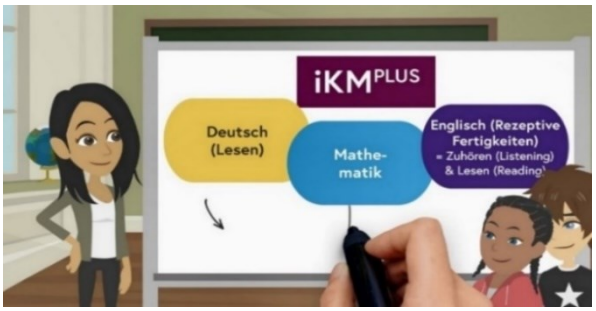
Forderungen

zu iKMplus

Die *individuelle Kompetenzmessung plus* hat die seit dem Schuljahr 2009 durchgeführten BIST (später iKM) im Jahr 2022 abgelöst.

Im Volksschulbereich erfolgt die Auswertung der Kompetenzmessung seit ihrer Einführung durch Lehrpersonen, in der Mittelschule soll sie heuer zum ersten Mal *auch* durch Lehrpersonen erfolgen. Eine Ausdehnung des Testverfahrens auf alle Schulstufen im APS-Bereich zeichnet sich ab.

Wir fordern: (1) qualifiziertes Personal zur Durchführung der iKMplus, (2) Testfragen, die der Lebenswelt aller Schüler:innen in ganz Österreich entsprechen, (3) eine Klarstellung des BMBWF, dass die iKMplus nicht professionelle Leistungsbeurteilungsformen von Lehrer:innen unterminiert, (4) adäquate Entlohnung für die Mehrarbeit so lange, bis qualifiziertes Personal die Testungen und deren Auswertung durchführen wird.



Keine Sozialwissenschafter:innen
Wenn eine Regierung *large scale* wissen möchte, wie es um den Leistungsstand der in Österreich zur Schule gehenden Schüler:innen bestellt ist, so muss sie Personal dafür bereitstellen. Denn Lehrer:innen sind keine Sozialwissenschafter:innen (und werden es auch nicht in einem Fortbildungs-Crashkurs). Wir fordern, dass das Bildungsministerium qualifiziertes Personal zur Durchführung und Auswertung der iKMplus bereitstellt!

Unpädagogisch
Die Testfragen der iKMplus sind für die meisten Wiener Schüler:innen kaum bewältigbar. Die Fragen sind von der Lebenswelt der Wiener Kinder so weit entfernt wie der Arlberg von Wien. Valide Ergebnisse über Schüler:innenleistungen sind durch die iKMplus nicht zu erhoffen. Die iKMplus ist im Kern unpädagogisch!

Deprofessionalisierung
Unterschwellig wird durch die flächendeckende Einführung der iKMplus unterstellt, dass Lehrer:innen keine stichhaltigen Aussagen über die Leistungen ihrer Schüler:innen treffen können. Erst die bunten Grafiken, resultierend aus lebensweltfernen Testfragen würden dies gewährleisten. Schlussendlich wird der Lehrberuf damit deprofessionalisiert. Wir fordern, dieser Deprofessionalisierung entgegenzuwirken und die Teilnahme an den iKMplus-Tests in die Entscheidungshoheit der jeweiligen Lehrperson zu stellen!

Entlohnung für Mehrarbeit
Die Mehrarbeit der Auswertung wird vom Dienstgeber nicht gesondert entlohnt. An die 25 Stunden müssen Lehrpersonen für die Auswertung aufwenden. Arbeitszeit, die anderweitig besser eingesetzt wäre. Wir fordern zumindest eine adäquate Entlohnung so lange, wie Lehrpersonen die Testung durchführen und auswerten müssen!

Tobias Becker
Personalvertreter
DA West 6

Meinung

Gute, alte Zeit

Dinosaurier Treff im Beisl. Es kommt zu Erinnerungen.
"Damals wurde sogar noch über eine Gesamtschule diskutiert... also in Wien wurde diskutiert. Immerhin! Tja.....äh, prost!"

Wir trinken auf "damals", welches sich vor ungefähr 40 Jahren ereignete. Seither hat sich das österreichische Schulsystem nicht weiterentwickelt. Vorher auch nicht, aber es wurde wenigstens diskutiert. Die Generation von Lehrkräften, die damals hoffnungsvoll diskutierte, wird bald in Pension sein und mit ihr die Forderung einer sozial gerechteren Schule, in der kein Kind zurückgelassen wird.
An der strikten Trennung der Kinder in ihrem zehnten Lebensjahr wird nicht gerüttelt. Neu ist, dass es bald keine Lehrer:innen mehr geben wird, die daran rütteln können oder wollen. Dies ist kein Vorwurf! Wie sollten Berufseinsteiger:innen neben der Belastung der Anfangsjahre eine profunde Kritik an den bestehenden Strukturen auch nur entwickeln? Sie sind mehr als ausgelastet damit, sich im Schulbetrieb zurechtzufinden. Alle, die ich kennenlernen durfte, machen dabei einen guten bis blendenden Job. Beste Wünsche von dieser Stelle auch an alle, die ich nicht kenne.

Somit ist die Zweigleisigkeit des österreichischen Schulsystems einzementiert. Die Volksschule sieht sich als Selektionsmechanismus für die AHS und MS. Erstere kann ihre Schüler:innen einem hohen Leistungsdruck aussetzen und ist von Problematiken wie der Integration von Kindern mit mangelnden Deutschkenntnissen, der Inklusion von Kindern mit besonderen Bedürfnissen, sowie von disziplinär Schwierigen weitgehend bis vollständig befreit.
Die Mittelschule hingegen ist mit der geballten sozialen Problematik konfrontiert. Verbale und körperliche Gewalt, Leistungsverweigerung und Verständnislosigkeit mancher Eltern erschweren an vielen Standorten einen gedeihlichen Unterrichtsbetrieb, worunter vor allem die motivierten SuS leiden.

Es gehört zur systembedingten Funktion der MS, dass keiner dieser Missstände in irgendeiner Weise aufgegriffen wird. Von sporadischen Medienberichten abgesehen, werden die - teilweise akuten - Problemfelder der MS behördlicherseits schlichtweg ignoriert. In einer Gesamtschule wäre dies unmöglich, weil die Probleme alle Beteiligten in gleichem Maße betreffen würden.
"Würden" - wohlgemerkt, denn eine Gesamtschule, wie in den meisten Ländern selbstverständlich, ist in Österreich nicht in Sicht. Gewarnt sei hiermit vor allen Strategien, die die Gesamtschule angeblich über einen längeren Zeitraum herbeiführen würden. Alle dahingehenden Versuche verliefen im Sande, z.B. die Wiener Schulverbünde oder die KMS. Die Gesamtschule könnte sofort flächendeckend eingeführt werden, was sie aber nicht wird, weil kein politischer Wille dafür vorhanden ist.
Die Gesamtschule geht also in Pension. Sie war zwar nicht pragmatisiert, hat aber ca. 100 Beitragsjahre angesammelt. Glöckel, schau owa! (Pensionistischer in-joke! Die Jungen müssen halt googeln.) Somit ist der hehren Idee ein sorgenloser Ruhestand sicher, und vielleicht steht sie ja weiterhin zur Verfügung.

Als Abschiedsgeschenk hinterlässt sie handfeste Verbesserungsvorschläge, hauptsächlich für MS, aber nicht nur. Folgende Punkte sind auch ohne Gesamtschule durchführbar und außerdem dringend notwendig.

- Klarstellung, dass der Bildungsbereich am Budgetlochfüllen nicht teilnehmen kann.
- Systematisches, gut durchdachtes Vorgehen gegen jedwede Ausprägung von Gewalt. Explizit anerkannt und mit deutlichem Nachdruck unterstützt von Bildungsdirektionen und Ministerium.
- Rücknahme der enormen Verschlechterungen für die Integration, als Grundvoraussetzung für die Definition dessen, was Inklusion sein soll, nebst einem präzisen Konzept für eine verpflichtende bundesweite Organisationsform. Wiedereinführung eines hochqualitativen Ausbildungszugs für Sonderpädagogik.
- "Twenty is plenty" konsequent umsetzen.
- Neuregelung der Abgeltung von Überstunden. Ein Dienstgeber, der Lehrkräfte zu Überstunden verpflichten muss, hat für einen ordentlichen Abgeltungsmodus zu sorgen. Weg mit dem § 62 und der Stundenzählerei!

Andreas Chvatal
apfl-Aktivist

Dramolett

Was ist was und nicht nichts?

Da die Gefahr einer Regierungsbeteiligung einer eher dubiosen Gruppierung vorerst gebannt scheint, kann die Abhörabteilung der ÖLI anderweitig eingesetzt werden. Hier ihr zweites Protokoll:

Stimme 1: Na, was ich immer gesagt habe - Milliarden könnte man einsparen - Mil-li-arden!
Stimme 2: Mal langsam, wodurch willst du Milliarden einsparen?
1: Na, nichts da langsam! Ich habe keine Zeit für langsam. Es ist hoch an der Zeit, dass endlich eingespart wird. Wir müssen unverzüglich handeln!
2: Gut, gut! Und... äh .... wie handeln wir?
1: Na, indem wir das Regelpensionsalter um zwei Jahre auf 67 anheben. Dann kann zwei Jahre lang niemand in Pension gehen. Bei 90 000 Fällen im Jahr sind das... wo hab ich's? Ah, da! 90 000 mal 2000 brutto im Monat, also 14 000 im Jahr sind 1,26 Mrd. im ersten Jahr, 2,52 im zweiten 3,78 im dritten, 5,06 im vierten usw. So einfach ist das!
2: Geht nicht!
1: Was heißt, geht nicht?
2: Das heißt, dass es nicht geht. Man kann das Regelpensionsalter nicht von heute auf morgen anheben. Es bräuchte eine Einschleifregelung. Z.B. in Schritten von sechs Monaten pro Jahr.
1: Na, das macht doch kaum einen Unterschied. Moment!
Das Geräusch heftigen Tippens ist zu hören.
1: Bitte sehr: Erstes Jahr 1 Mrd., zweites 2,36, drittes 3,5 und viertes 4,4. Das fällt nicht ins Gewicht.
2: Und danach? Irgendwann gehen sie ja doch in Pension.
1: Danach, danach.... danach, oha! 3,3 Mrd. Na, ja, aber... ich meine... also... immerhin...
2: Ja, ja und den erhöhten Anfall von I-Pensionen müsste man dann noch abziehen.
1: Ach, die paar!
2: Zuletzt waren es gute 10 000.
1: Auch schon was!
2: Immerhin! Wären also in fünf Jahren 14,56 Mrd., die vom Bundesbeitrag zu den Pensionen wegfielen.
1: Korrekt!
2: Wie hoch wäre der für fünf Jahre?
1: Moment!
Heftiges Tippen.
2: Na?
Heftigeres Tippen.
1: Äh!
2: Na, sag schon!
1: Gute 100 Milliarden, äh….Bundesbeitrag, äh… für fünf Jahre.
2: Minus 14,6, blieben gute 85 – für fünf Jahre
1: Immerhin! Das ist nicht nichts!
2: Nein, nichts ist es nicht.
Schweigen.

Andreas Chvatal

Wir alle sind GÖD
- und wollen mitbestimmen

Wie liefen demokratische Prozesse an den Schulen in den letzten Jahren und Monaten ab und was lernen wir daraus?

Am 4. 7. 2023 initiierte die Bewegung "Schule brennt" eine Kundgebung vor der GÖD-Zentrale, welche die ÖLI-ug inhaltlich unterstützte und auch in die GÖD-Institutionen trug. Während die Demonstrierenden draußen "Wir sind streikbereit" skandierten, tagte im Gebäude die GÖD-Bundesleitung der Pflichtschullehrer:innen, sie beschloss eine Resolution. Die anschließenden Verhandlungen mit dem Dienstgeber ergaben wenig Substantielles.
Am 7. 11. 2024 trug eine vielfältige und konsequente gewerkschaftliche Vorarbeit Früchte, die GÖD-Bundeskonferenz beschloss eine weitere Resolution, in welcher einerseits eine Gehaltserhöhung, andererseits eine Attraktivierung der Arbeit im Öffentlichen Dienst gefordert wurde.
Auf der wienweiten "Dienststellenversammlung light" der Pflichtschullehrer:innen am 19. 11.2024, die im Vorfeld unserer Kollektivverhandlungen stattfand, wurden immer wieder Sprechchöre laut: „Wir sind streikbereit!“. Damit unterbrachen zahlreiche Kolleg:innen aus dem Publikum die Reden der Fraktionsvorsitzenden der FSG, FCG und apfl-ÖLI-ug. Am Ende der Vorträge stellte sich heraus, dass am Nachmittag des 26. 11. 2024 statt eines Streiks lediglich eine Kundgebung stattfinden sollte. Dies stieß auf allgemeine Verärgerung.
Die Nachricht, dass die Kundgebung wenige Stunden vor dem geplanten Beginn mit der Begründung des erfolgten Lohnabschlusses von der GÖD-Spitze abgesagt wurde, erwischte viele Kolleg:innen kalt. Einige Kolleg:innen hatten sich bereits Tage zuvor auf die Kundgebung vorbereitet: Es wurden Schilder gebastelt und Demosprüche überlegt, um unsere berechtigten Anliegen auf kämpferische Weise zur Sprache zu verhelfen. Die Empörung über diesen unerhörten Rückzieher unserer Gewerkschaftsspitze war riesig. Als apfl-ÖLI-ug riefen wir zur Teilnahme an einer alternativen Demonstration auf, an der sich hunderte Kolleg:innen beteiligten. Aus den Bundesländern gab es Berichte, dass Busse, ohne zu wissen warum, wieder umkehrten. Über den Abschluss der GÖD-Spitze wurden wir vorerst im Dunkeln gelassen. Niemand konnte den Kolleg:innen die Frage beantworten, warum eine, unseres Erachtens nach, notwendige, gewerkschaftliche Machtdemonstration ausblieb.
Viele Kolleg:innen des Öffentlichen Dienstes (u.a. auch Polizist:innen) äußerten in vertraulichen Gesprächen den Verdacht, dass die GÖD-Spitze Aktivist:innen bewusst im Regen stehen ließ. Eine entschlossene Minderheit nahm trotz offizieller Absage spontan an einem Demozug zur GÖD-Zentrale teil. Es war ein deutliches Zeichen dafür, dass nahezu tausend Bedienstete des Öffentlichen Dienstes den Rückzug der GÖD-Vertreter:innen nicht verstehen konnten. Sie machten von ihrem demokratischen Demonstrationsrecht Gebrauch und forderten lautstark höhere Löhne, kleinere Klassen, eine demokratischere GÖD, eine gemeinsame Schule und mehr Personal.
Kürzlich wurden - wie schon letztes Jahr - Stimmen vor allem aus der Wirtschaft laut, den zweijährigen Kollektivvertragsabschluss wieder aufzuschnüren: Wir sollten uns in Lohnverzicht üben. Dazu sagen wir als gewerkschaftlich organisierte Pflichtschullehrende deutlich: Wir Lehrer:innen haben die Krise nicht verursacht, sondern kämpfen damit, in den Schulklassen ihre Folgen im Zaum zu halten!
Die Gewerkschaftsspitze kann durchaus als parteinah bezeichnet werden. Die Verhandler:innen gerieten somit *nolens volens* in einen Interessenskonflikt mit ihrer jeweiligen Mutterpartei. *De facto* verhandelt das gewerkschaftliche Spitzenpersonal also mit Parteifreund:innen. Eine *de jure* notwendige Gewerkschaftsarbeit der Sozialpartner:innen scheint somit zumindest deutlich erschwert.
Wir sprechen uns als ÖLI-ug gegen Hinterzimmer-Deals aus und betonen, dass in einer Zeit kapitalistischer Krisen und damit einhergehender gesellschaftlicher Transformation die Sozialpartnerschaft im Allgemeinen und die Gewerkschaften im Besonderen allzu oft die Rolle einnehmen, Sparmaßnahmen gegen ihre eigene Basis durchzusetzen. Die Dynamik der Demonstration Ende letzten Jahres ist ein Phänomen dieser Problematik. Unserer Antwort darauf ist die Forderung nach einer transparenten und demokratischen Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik.

Markus Haunschmid
Personalvertreter
DA West 4

Umfrage

Als apfl-ÖLI-ug möchten wir gerne von den Lehrer:innen in Wien wissen:
(bitte ankreuzen)

Wie zufrieden bist du mit der Gewerkschaftspolitik der GÖD?

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5
1……sehr gut 5…..nicht genügend

Soll es für GÖD-Mitglieder Mitgliederbefragungen und Urabstimmung bei Verhandlungsergebnissen geben?

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5

Soll sich die GÖD für die Umsetzung der GÖD-Resolution vom 7.11.2024 einsetzen? (Maßnahmen zur Attraktivierung des Öffentlichen Diensts, nachhaltige Erhöhung der Löhne,...)

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5

Soll die GÖD gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen vorbereiten, um die Umsetzung der Resolution zu erreichen?

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5

Soll die GÖD in regelmäßigen Abständen ihren Mitgliedern berichten (z.B. über den Stand von Lohnverhandlungen)?

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5

Das möchte ich euch noch mitteilen:

☐ Ich möchte eine Rückmeldung bezüglich des Ergebnisses dieser Umfrage.
☐ Ich bin an weiteren Infos der apfl-ÖLI-ug interessiert.
☐ Ich möchte als Kontaktperson für meine Schule zur Verfügung stellen.

Bitte bis 30. Juni 2025 an uns senden (mitbestimmung@apflug.at oder an apfl-ÖLI-ug, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien) oder an der online-Umfrage teilnehmen.
Vergiss bitte nicht uns deinen Namen und deine Kontaktdaten mitzusenden, wenn du einen der letzten drei Punkte angekreuzt hast!

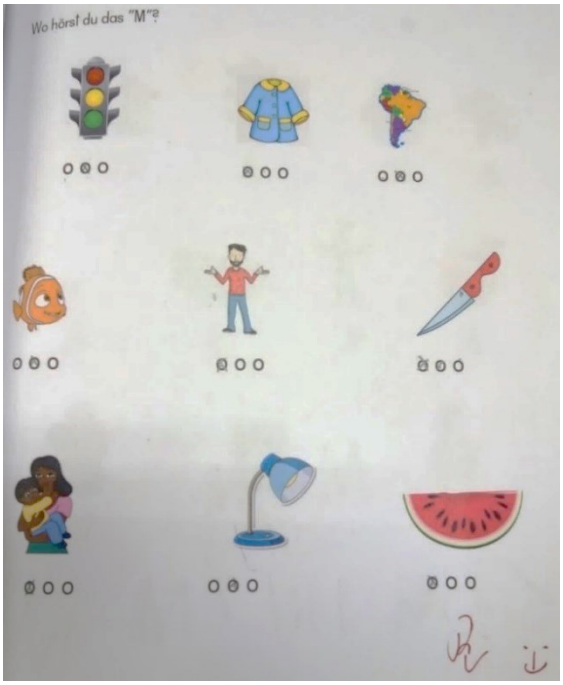
apfl-ÖLI-ug

hier geht's zur online-Umfrage

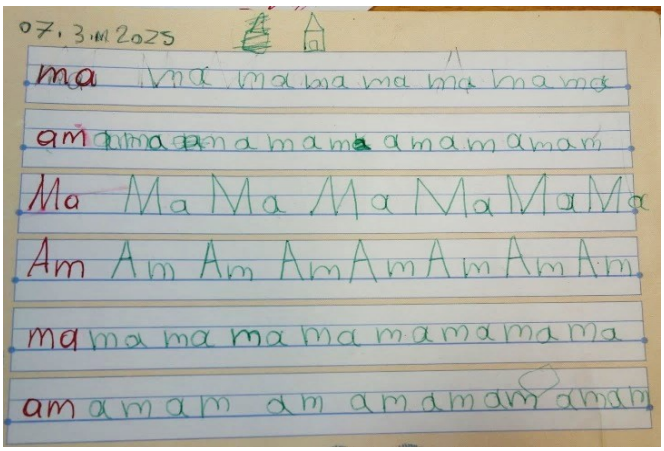
Praxis Schule

Das Lernen von Lesen und Schreiben in fortgeschrittenem Alter, also ab 10 Jahren

„Ich mache eh nur pro Woche einen neuen Buchstaben.“
„Ich übe mit ihnen Wörter gemeinsam, mit den dazu passenden Bildern.“
„Aber sie merken sich nichts.“
Solche und ähnliche Kommentare höre ich öfter von Deutschkursleiter:innen. Sie sind engagiert und haben in ihren Kursen auch Kinder, die noch nie in einer Schule waren und daher nicht lesen und schreiben können. Sie möchten, dass die Kinder weiterkommen und überlegen sich, was sie dazu beitragen können.
Sie rackern sich ab, der Erfolg bleibt meistens aus. Ich verstehe die Verzweiflung.
Ich bin Alphabetisierungslehrerin und bei mir sind fast nur Kinder, die nie in einer Schule waren und auch in ihrer Erstsprache nicht alphabetisiert sind. Kinder, die z.B. arabisch lesen und schreiben können, lernen unsere Schrift in der Regel relativ rasch und können den Alphakurs bald wieder verlassen. Doch die anderen…. das kann SEHR lang dauern.
Es hat einen Grund, warum Kinder mit sechs Jahren in die Schule kommen.



Je später man mit dem Lesen und Schreiben beginnt, desto schwieriger wird es. Erwachsene müssen einen eisernen Willen mitbringen und sich täglich längere Zeit hinsetzen, um sich das Lesen und Schreiben anzueignen. Einen Roman werden sie dann trotzdem eher niemals lesen.
Bei Kindern, in meinem Fall sind das 10-15jährige, besteht die Hoffnung.
Ich beginne mit dem Buchstaben „A“. Das geht relativ schnell. Der nächste Buchstabe ist das „M“. Damit kann man die Wörter „Mama“ und „am“ bilden sowie die Silben „ma“,„ama“ und „mam“. „Mama“ versteht jedes Kind und es gibt auch ein passendes Bild dazu.



Doch es kann sehr lange dauern: statt „am“ lesen die Kinder „ma“, statt „mam“ „am“ usw.
Auch beim Diktat sind Verwechslungen der Buchstaben an der Tagesordnung.
Das Gehirn ist offenbar nicht dazu gemacht, sich das Lesen und Schreiben in fortgeschrittenem Alter leicht zu machen. Die Kinder mühen sich ab, sie wollen verstehen, sie wollen lernen, aber das dauert.
Wie lange?
Nun, das kann sich bis zu acht Wochen hinziehen. Das frustriert oft die Kinder, das frustriert natürlich auch die Lehrkraft, in diesem Fall mich. Aber: was soll’s?

Nicht aufgeben! Das gilt sowohl für die Kinder als auch für die Lehrer:innen.
Was ich damit sagen will: jede Woche einen neuen Buchstaben, das klingt einfach. Das wird sich doch wohl jedes Kind merken können! Vielleicht. Zusammenlauten kann es die Buchstaben deswegen

noch lange nicht. Ich werbe hiermit um Verständnis!
Geben Sie dem Kind ein Puzzle zum Zusammenstellen, geben Sie dem Kind ein Bild zum Ausmalen oder ein Blatt Papier, um selbst etwas zu zeichnen. Geben Sie dem Kind Mathematikaufgaben – ganz leichte, eventuell mit einem Rechenschieber, damit es Erfolgserlebnisse hat.

Geben Sie dem Kind Buchstaben zum Ausmalen oder zum Abschreiben, damit es die Motorik trainieren bzw. den richtigen Zug (von links nach rechts, von oben nach unten oder umgekehrt) üben kann. Lassen Sie das Kind in einem kurzen Text z.B. das „A“ „a“ oder „m“ und „M“ oder „am“ und „Am“ einkreisen. Und haben Sie Geduld!

Angelika Pichler
Alphabetisierungslehrerin in Wien
apfl-Aktivistin

Ruhestand 1

Ulli Balassa - unsere Mandatarin des ehemaligen DA 17- ist im Ruhestand

Liebe Ulli,

wir kennen uns seit langem durch die Arbeit als Stützlehrer:innen. In unseren wöchentlichen Teamtreffen wurde bald die Bildungspolitik und die apfl als Personalvertretung ein Thema. Wir freundeten uns an und du Ulli übernahmst als Einstieg die Funktion in der Dienstwahlbehörde für die apfl im Jahr 2009. Sehr gut in Erinnerung ist mir dein Anruf nach der Stimmenauszählung. Da teiltest du mir mit, dass wir im Da 17 (heute DA Allgemeine Sonderpädagogik) ein Mandat dazugewonnen hatten. Die Freude war etwas getrübt, da wir nicht alle Mandate besetzen konnten. Ab diesem Zeitpunkt war für dich klar, dass du nun bei unseren Sitzungen regelmäßig dabei sein würdest. Bei der nächsten Personalvertretungswahl hast du dich für eine Kandidatur entschieden, um diese "Tragödie" nicht zu wiederholen. Wir konnten unsere 4 Mandate halten und jetzt auch besetzen. Im DA waren wir mit dir, Barbara (Weichinger), Ilse (Seyfried) und mir bald ein eingespieltes Team, das gemeinsam als eine starke Stimme auftrat. Natürlich warst du weiterhin monatlich bei unseren apfl - Teamsitzungen dabei. Auf den österreichweiten apfl-Seminaren waren wir beide regelmäßige Teilnehmerinnen und auch Zimmerkolleginnen. Es waren viele lange interessante, aber manchmal auch anstrengende Sitzungen, die wir gemeinsam besucht haben. Mir bleiben mit dir auch die langen Abende "zum Ausklang" in sehr guter Erinnerung. Es war eine schöne Zeit mit dir, und ich bin froh, dass wir Freundinnen geworden sind!
Im Namen von uns allen danken wir dir für dein großes Engagement und deinen unermüdlichen Einsatz für die apfl. Jetzt genieße deine neue „freie“ Zeit!

Susanne Weghofer
apfl-Aktivistin

Ruhestand 2

Andreas Chvatal – langjähriger apfl-Aktivist und Personalvertreter

Lieber Andi!

Jahrelang in der PV und nun aus? Das ist ja wohl nicht dein Ernst. Okay, es ist nicht gestattet in der Pension Personalvertreter zu spielen.
Und apfl?
Zum Glück bleibst du uns ja erhalten. Deine Texte im österreichweiten ÖLI-kreidekreis und in den Wiener apflspalten sind jeweils Highlights. Bitte auch in Zukunft viele davon!
Wo stünde die apfl heute ohne dich als Motor für Nachdenkprozesse, um Situationen, die uns sonnenklar erschienen, vielleicht doch anders sehen zu können?
Du scheust keine Inputs, keine Arbeit, keine Konflikte, egal mit wem, wenn es um dein Herzensthema, die Einführung einer inklusiven Gemeinsamen Schule geht, für deren Umsetzung du seit Jahrzehnten kämpfst.

Unzählige Satiren, Dramolette und Gedanken hast du uns in unzähligen Jahren geschenkt. Unzählige Diskussionen sind auf deine Anregung hin in Gang gekommen. Für jede noch so “blöde Idee” warst du zu haben oder hast sie selbst inszeniert. Leider hat der „apfl-Chor“ nach den durchaus anspruchsvollen Proben des “Kriminaltango” keine nachhaltige Fortsetzung gefunden!
Eigentlich kämen jetzt Zukunftswünsche für dich, nein, du wirst weiterhin bei uns mitmachen und daher kein alles Gute und so. Genieße die Pension, oder wie es bei dir heißt, den „(Un-)Ruhestand“ und bis zur nächsten apfl-Sitzung, jeden ersten Montag im Monat, lieber Andi!

Deine apfls

Forderung

Wir freuen uns nach wie vor über das erreichte Jobticket. Ein Wermutstropfen ist leider, dass der apfl-ÖLI-ug-Vorschlag nicht umgesetzt wurde, dass auch Pendler:innen ein Wiener Öffi-Ticket automatisch als Leistung des Dienstgebers erhalten. Ein Jobticket für alle würde die Motivation für Kolleg:innen mit einem Wohnsitz außerhalb Wiens heben auf Öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen und Wien als Lehrperson erhalten zu bleiben.

Wunsch

Liebes Bildungsministerium, liebe Stadtregierung, wir sind für eine Modellregion Gemeinsame Schule in Wien. Das müsste doch bei ein bisschen politischem Willen möglich sein. Die apfl-ÖLI-ug wäre dabei.

Feier

Spekulatius statt Spekulation: Das Amerlinghaus ist 50

Die ganze Spittelberg-Gegend sollte in den 70er-Jahren Neubauten Platz machen. Wer heute durch den „Spittelberg“ im 7. Bezirk flaniert, freut sich üblicherweise über die verbliebenen Biedermeierhäuser. Vor 50 Jahren wurde das Amerlinghaus besetzt, um das Gebäude vor der Schleifung zu retten. Dies war der Startschuss zur Erhaltung des bis heute erhalten gebliebenen Grätzels. Die Besetzung des Amerlinghauses war auch Ausdruck des Bedarfs nach Orten des konsumfreien Zusammenkommens, nach Räumen um Kultur und gesellschaftliche Weiterentwicklung entfalten zu können.

Der wilde Sommer 1975 (Foto: © Karl Heinz Koller)
Foto: https://amerlinghaus.at/ein-vierkanter-am-spittelberg/

Im Amerlinghaus finden bis heute vielfältigste Aktionen statt. Das Kultur- und Kommunikationszentrum in der Stiftgasse 8 wird selbstverwaltet und bietet unterschiedlichsten Gruppen mit künstlerischem beziehungsweise gesellschaftspolitischem Zugang Raum. So sind auch die Aktiven der apfl-ÖLI-ug eng mit dem Haus verbunden, wir treffen einander zu Schulzeiten am 1.Montag jeden Monats.

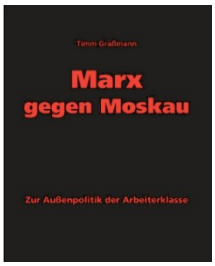
Am 11.Oktober wird im Amerlinghaus das erste halbe Jahrhundert Kultur- und Kommunikationszentrum gefeiert. Zu diesem Jubiläum wird im Herbst auch ein Buch erscheinen.

info@amerlinghaus.at
www.amerlinghaus.at

Buch

Marx gegen Moskau – Zur Außenpolitik der Arbeiterklasse

von Timm Graßmann



Timm Graßmanns 2024 erschienenes Buch *Marx gegen Moskau – Zur Außenpolitik der Arbeiterklasse* ist ein interessanter, gut recherchierter Beitrag zur aktuellen Debatte über Außenpolitik, die Ukraine und die europäische Wiederaufrüstung.

Wenige Themen sorgen – neben den Entwicklungen im Nahen Osten – derzeit für so kontroverse und hitzige Diskussionen wie der Ukraine-Krieg. Die Frage der militärischen Unterstützung und Wiederaufrüstung spaltet politische Lager – insbesondere auch die Linke. Nicht zuletzt wurde darüber auch in den *apflspalten* und auf anderen Plattformen der ÖLI-UG kontrovers diskutiert. *Marx gegen Moskau* bringt nun neue, historische Perspektiven in diese Debatte ein.

Zum Autor: Timm Graßmann ist Sozialwissenschaftler und Editor bei der Marx-Engels-Gesamtausgabe an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Der Krieg gegen die Ukraine motivierte ihn, Marx' weitgehend vergessene Analysen zur russischen Autokratie und seine Überlegungen zu einer „Außenpolitik der Arbeiter:innenklasse" neu zu erschließen.

Graßmann zeigt, wie Marx und Engels die russische Autokratie als zentrale Bedrohung für die Demokratie und Emanzipation der Arbeiter:innen in Europa betrachteten. Marx verurteilte die expansive Außenpolitik des Zarenreichs und warnte vor der Untätigkeit der damaligen westlichen Eliten. Ein unabhängiges, demokratisches Polen – heute wohl durchaus vergleichbar mit einer freien Ukraine – erschien ihm als Voraussetzung für ein freies Europa.

Das Buch macht deutlich, dass Marx und Engels nicht als naive Pazifisten um jeden Preis verstanden werden sollten. Sie sahen unter bestimmten Umständen militärisches Handeln als zwingend an, wenn es der Verteidigung demokratischer Bewegungen diente. Besonders in autoritär regierten Staaten ihrer Zeit – wie dem zaristischen Russland oder dem bonapartistischen Frankreich unter Napoleon III. –erkannten sie große Gefahren für soziale Fortschritte. Bekanntermaßen waren Marx und Engels überzeugte Gegner des kapitalistischen Systems – dennoch bezogen sie klar Stellung für die kapitalistisch organisierten Demokratien im Konflikt mit Autokratien. Für sie gab es in dieser Frage weder „Verständnis" für Despoten, noch relativierten sie die Verbrechen der einen mit den Raubzügen der anderen.

Graßmann argumentiert, dass ihre Positionen auch heutigen Debatten Impulse geben können. Nicht wenige der zitierten Textstellen aus Marx' publizistischem Schaffen, in denen er die Muster der russischen Außenpolitik beschreibt, wirken beim Lesen so, als wären sie für die aktuelle Situation verfasst worden. Auch die beschriebenen, oft hitzigen Diskussionen innerhalb der einstigen „Ersten Internationalen" wirken sehr vertraut – denn Marx' Position war auch damals alles andere als unumstritten in der frühen Linken.

Die Lektüre bietet Anknüpfungspunkte: Sowohl für Befürworter:innen militärischer Unterstützung und Aufrüstung des demokratischen Europas als Abschreckung gegen einen despotischen Aggressor, als auch für Kritiker:innen – denn sie lädt dazu ein, sich intensiver mit den tatsächlichen historischen Wurzeln linker Außenpolitik auseinanderzusetzen. Auch wer sich für osteuropäische Geschichte, die Frühzeit der Arbeiter:innenbewegung oder weniger bekannte Facetten von Marx' Denken interessiert, wird in diesem Buch spannende Einsichten finden. Graßmann zeigt einen sehr reflektierten und auch pragmatischen Marx, der bereit war, in bestimmten Situationen auch Allianzen mit politischen Gegnern einzugehen, wenn sie einem größeren Ziel – etwa der Verteidigung von Bürger:innenrechten und demokratischen Errungenschaften – dienten.

Unbestritten sollte nach Lektüre des Buches wohl sein, dass Karl Marx und Friedrich Engels heute wohl offensiv gegen das mörderische Putin-Regime aufgetreten wären und sich mit den angegriffenen Ukrainer:innen solidarisch erklärt hätten. Wenngleich das nicht heißen soll, dass man den kritischen Blick auf die Rüstungspolitik vollends aufgeben soll.

Ein Buchtipp für alle an der Materie Interessierten und auch für Marx-Kritiker:innen absolut lesenswert!

Alexander Krause
Personalvertreter
DA Ost 7

apfl-cine

Louise und die Schule der Freiheit

Originaltitel: “Miss Violet“, ein Film von Éric Besnard

Die Lehrerin Louis Violet wird aufs Land geschickt, um in einem kleinen Ort eine Schule zu eröffnen. In Frankreich, am Ende des 19.Jahrhunderts sollen auch Kinder aus Bauernfamilien lesen und schreiben lernen. Die neu eingeführte Schulpflicht stößt jedoch auf den Widerstand der Bauern, die ihre Kinder für ihre landwirtschaftlichen Betriebe als Arbeitskräfte brauchen. Louise wartet in der in einem Stall untergebrachten Schule mehrere Wochen ohne Erfolg. Der Bürgermeister unterstützt Louise bei ihren Bemühungen und durch persönliche Kontakte gelingt es schließlich die Familien von der Sinnhaftigkeit zu überzeugen.
Gesellschaftliche und politische Umbrüche, das Stadt-Land-Gefälle und die Rolle der Frau in einer von Männern geprägten Gemeinde, das sind nur einige der Themen, die Regisseur Éric Besnard hier anschneidet.

Helmut Breit
Personalvertreter
DA Ost 2

Termine

ÖLI-Café Online
Datum: 12.6.2025
Uhrzeit: 19:30 - 20:30
Diskussion und Info mit Dienstrechtsexpert:innen
Anmeldung: oeli-cafe@oeli-ug.at

Abschlusstreffen
Datum: 13.6.2025 ab 17 h
Wir laden alle Kolleg:innen herzlich zu unserem Abschlusstreffen ins "Schutzhaus zur Zukunft“ ein. (verlängerte Guntherstraße, 1150 Wien)
www.schutzhaus-zukunft.at
Wir freuen uns auf Dein Kommen!

Möchtest du uns kennenlernen?
Wir treffen einander zu Schulzeiten immer am ersten Montag im Monat um 19:00 im Amerlinghaus in der Stiftgasse 8, 1070 Wien. (Raum 4)

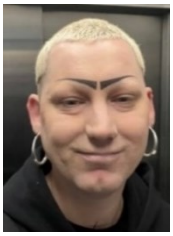
ÖLI-ug-Seminar Mai 2025 am Achensee

Forderung

Wann kommt das Jobrad für uns?

Durch das Jobrad-Modell können Arbeitgeber- ihren Mitarbeiter:innen ein Fahrrad zur Verfügung stellen, das privat, für Arbeitswege aber auch dienstlich genutzt werden kann. Die Vorteile: Entlastung der Öffis, Reduzierung von Parkplatzbedarf, Reduzierung von CO2-Emissionen, Attraktivierung des Dienstgebers, Gesundheitsförderung. In einzelnen Bundesländern und im Bund gibt es schon Versuche. Wann ist es bei den Wiener Landeslehrer:innen endlich soweit?

apfl-ÖLI-ug-Aktivist:innen



Ich engagiere mich bei apfl-ÖLI-ug, weil ich mir ein radikal anderes, nämlich solidarisches und egalitäres Bildungssystem wünsche und es eine Personalvertretung und Gewerkschaft braucht, die auf Missstände hinweist und sich kämpferisch, im Kleinen wie im Großen, für eine Schule für alle einsetzt.

Philipp Jo* Rafelsberger

Schau auch vorbei auf:

https://www.facebook.com/apfl-ug-1496780620571854

apfloeliug.bsky.social

Instagram: apfl-ÖLI-ug

UGÖD Newsletter

Speaker's Corner auf der UGÖD-Homepage.

Schreib uns, was Dich bewegt, wo Unterstützung oder Hilfe nötig ist, und wir werden gemeinsam an einer Lösung arbeiten. Nur wenn du eine E-Mail-Adresse angibst, können wir mit dir Kontakt aufnehmen. **Mehr auf ugoed.at**

Lohnzurückhaltung? Zurück zu den Fakten!

Wir fordern: Verbesserungen im Bildungswesen und höhere Lohnabschlüsse als die Pensionserhöhungen!
Mehr... (https://www.ugoed.at/lohnzurueckhaltung-zu-den-fakten)

„Natürlich bin ich Gewerkschaftsmitglied!“

Gute Gründe für Selma, Anna und Olivia: 3 junge Arbeitnehmerinnen im öffentlichen Dienst erzählen.
Mehr... (https://www.ugoed.at/natuerlich-bin-ich-gewerkschaftsmitglied)

Newsletter bestellen: Mail an office@ugoed.at

Impressum: Herausgeberin und Medieninhaberin: Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und in ausgegliederten Betrieben (UGÖD). Vorsitzende: Dr. Sabine Hammer, Mag. Ingo Hackl. 1040 Wien, Belvedereg.10/1, office@ugoed.at, **ugoed.at**

Die Produktion der *apflspalten* wurde durch die UGÖD unterstützt.

apfl - art

Mag.art. Brigitte Löw
www.brigitteloew.at
brigitte.loew@chello.at
Kunststudium Bonn/Köln
Kunststudium „Universität für Angewandte Kunst“ Wien
Vermittlungsangebote in Galerien
Unterricht an der Künstlerischen Volkshochschule Lazarettgasse, Wien
Lehrtätigkeit an verschiedenen AHS in Wien

Zu meiner Arbeit:
Der Satz „Die Kunst muss nichts und darf alles“ (Ernst Fischer) hat mich als Jugendliche angezogen. Er roch nach Freiheit und Unabhängigkeit.
Wahrscheinlich habe ich mich deshalb für ein Kunststudium entschieden.
Es wurde dann nicht nur eines.
In meiner Arbeit versuche ich „künstlerische Freiheit“ nicht mit Beliebigkeit zu verwechseln.
Manchmal gelingt es.
Seit mehr als einem Jahrzehnt beschäftige ich mich vermehrt mit Fotografie. Analog und digital. Fotos, häufig als Abbild verstanden, finde ich deshalb spannend, weil sie es nicht sind. Es ist ihre Tarnung auszusehen wie das abgebildete Objekt.
Tricky things!

Aus der Serie „BESTE FREUNDE“

apfl-ÖLI-ug – Personalvertreter:innen

DA FSO

Bernd Kniefacz
ZA-Mitglied u.
2.stv. Vorsitzender
b.kniefacz@apflug.at
Tel.: 0680/2048738

Claudia Astner
ZA-Mitglied
c.astner@apflug.at
Tel.: 0650/2468105

Katrin Winkelbauer
DA - Vorsitzende
katrin.winkelbauer@apflug.at
Tel: 0664/3513139

Elisabeth Klingler
elisabeth.klingler
@schule.wien.gv.at
Tel.: 0699/19225977

Bernhard Lahner
bernhard.lahner
@schule.wien.gv.at

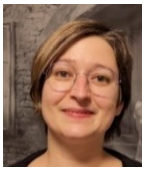
Jaroslav Skoda
jaroslav.skoda
@gleichklang.at
Tel.: 01/4000560090

DA ASO

Sylvia Ochmann
Stv. Vorsitzende
sylvia.ochmann@apflug.at
Tel.: 0644/4378844

Gerti Mayerhofer
gertrude.mayerhofer
@apflug.at
Tel.: 0650/9301062

Tatjana Novak
tatjana.nowak@apflug.at



Simone Jevsikar
simone.jevsnikar
@schule.wien.gv.at

DA Ost 1 (2.Bezirk)

Christine Steiner
christine.steiner
@schule.wien.gv.at

Wanda Grünwald
wandaott@yahoo.com

DA Ost 2 (3.Bezirk)

Helmut Breit
Stv. Vorsitzender
helmut.breit@gmx.at
Tel.: 0680/1124554

Markus Dier
markus0021.apfl
@gmail.com

DA Ost 3 (10.Bezirk)

Markus Strickner
markus.strickner
@apflug.at
Tel.: 0680/1173485

Philip Mach
philip.mach
@schule.wien.gv.at

DA Ost 4 (11.Bezirk)

Philipp Haas
philipp.haas@apflug.at

Reingard Graf-Wagner
reingardw@yahoo.de

DA Ost 5 (20.Bezirk)

Martina Bollmann
lehrerinmartina@gmx.at

Johannes Ledebur
johannes-graf-von-lede-
bur-wicheln
@schule.wien.gv.at

DA Ost 6 (21.Bezirk)

Georg Merza
georg.merza
@schule.wien.gv.at

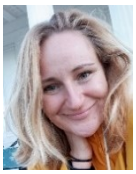
apfl-ÖLI-ug – Personalvertreter:innen

DA Ost 7 (22.Bezirk)

Alexander Krause
krause.alexander@gmx.at
Tel.: 0650/728 36 34

DA West 1 (1.4.5.6.Bez.)

Siegfried Gettinger
siegfried.gettinger@aon.at



Stephanie Mihelic
mihelic@loquai.at

DA West 2 (7.8.9.Bez.)

Trixi Halama
Stv. Vorsitzende
beatrix.halama@gmail.com
Tel.: 0699/19232800

Astrid Mosser
astrid.mosser
@schule.wien.gv.at
Tel.: 0664/75053970

DA West 3 (12.Bezirk)

Florian Jilek-Bergmaier
f.bergmaier@hotmail.com
Tel: 0664/1754726

Aylin Gunsam-Schennach
aylingunsam@gmail.com
Tel.: 0699/15074731

DA West 4 (13.23.Bez.)

Eva Pratter
eva.pratter
@schule.wien.gv.at

Markus Haunschmid
markushaunschmid
@gmail.com
Tel.: 0681/20922972

DA West 5 (14.15.Bez.)

Eva Neureiter
eva.neureiter@apflug.at
Tel.: 0650/6776446

Sissi Hortensky
sissi.hortensky@gmail.com
Tel.: 0699/17861239

Christoph Wagner
chri.wag01@gmail.com
Tel.: 0664/5107987

DA West 7 (17.18.19.Bez.)

Michaela Bonilla-Vicioso-Steyrer
michaela.bvs@apflug.at

Thomas Steinwender
thomas.steinwender
@schule.wien.gv.at

DA West 6 (16.Bezirk)

Tobias Becker
tobias.becker
@schule.wien.gv.at

Impressum:
Offenlegung gemäß §23 des Mediengesetzes.
Herausgeber: ÖLI-UG Landesgruppe Wien - apflug
Medieninhaber und für den Inhalt verantwortlich:
Bernd Kniefacz, 1070 Wien, Stiftgasse 8
b.kniefacz@apflug.at
Konto: apfl AT232011184590998300, Erste Bank
Redaktion: Claudia Astner, Helmut Breit, Florian Jilek-Bergmaier, Bernd Kniefacz, Alexander Krause
Layout: Helmut Breit
Lektorat: Wanda Grünwald, Elisabeth Klingler

apfl-ÖLI-ug
aktive pflichtschullehrer:innen
österreichische lehrer:innen-initiative
unabhängige gewerkschafter:innen
gemeinsam - engagiert - parteiunabhängig